Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

25.11.1993 - Beschlußprotokoll 42. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
42. Sitzung
25. 11. 93
Nr. 13/616 — 13/635

Nr. 13/616

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt zur Kenntnis, daß die Abgeordneten

Frau Marion B l o h m

als Mitglied aus dem Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß sowie aus dem nichtständigen Ausschuß gemäß Artikel 125 der Landesverfassung,

Herr Klaus B l o m e

als stellvertretendes Mitglied aus dem Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß sowie

Frau Elfriede B u d i n a

als stellvertretendes Mitglied aus dem nichtständigen Ausschuß gemäß Artikel 125 der Landesverfassung ausgeschieden sind.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß sowie der Ausschuß gemäß Artikel 125 der Landesverfassung nunmehr aus zwölf Mitgliedern und zwölf stellvertretenden Mitgliedern bestehen.

Die Bürgerschaft (Landtag) gestattet Frau Marion Blohm, in den beiden oben genannten Ausschüssen — abweichend von § 66 Absatz 3 der Geschäftsordnung — als Vertreterin ihrer Gruppe mit beratender Stimme, jedoch ohne Stimmrecht an den Sitzungen teilzunehmen.

Nr. 13/617

Möglichkeiten einer Straßen-Schiene-Kombination bei der geplanten Weseruntertunnelung prüfen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Oktober 1993
(Drucksache 13/677)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie.

Nr. 13/618

Maßnahmen gegen Linksextremismus und Inländerfeindlichkeit

Antrag der Gruppe der DVU
vom 28. Oktober 1993
(Drucksache 13/684)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/619

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 30
vom 2. November 1993**

(Drucksache 13/685)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/620

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 31
vom 16. November 1993**

(Drucksache 13/699)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petition wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/621

**Fünfzehnter Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz
vom 31. März 1993**

(Drucksache 13/520)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 15. Jahresbericht Kenntnis.

Nr. 13/622

**Stellungnahme des Senats zum 15. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz
vom 31. August 1993**

(Drucksache 13/632)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats Kenntnis.

Nr. 13/623

**Bericht und Antrag des Datenschutzausschusses zum 15. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 1993 (Drs. 13/520) und zur Stellungnahme des Senats vom 31. August 1993 (Drs. 13/632)
vom 2. November 1993**

(Drucksache 13/686)

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, daß er entsprechend diesem Bericht tätig wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Datenschutzausschusses Kenntnis.

Nr. 13/624

Entschädigungsregelung für NS-Opfer im Baltikum

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und der CDU vom 23. November 1993
(Neufassung der Drs. 13/690 vom 09. 11. 93)
(Drucksache 13/711)

Vor fünfzig Jahren, am 2. November 1943, wurde das Ghetto von Riga liquidiert, die wenigen Überlebenden in andere Lager gebracht. Wer dem Grauen entkam, leidet noch heute.

Politiker, Wissenschaftler und Publizisten haben im Gedenken an diesen Tag einen Aufruf an Bundestag und Bundesregierung veröffentlicht, in dem es unter anderem heißt:

„Der Leidensweg der Juden in Litauen, Lettland und Estland begann im Sommer 1941. Er ist bis heute nicht zu Ende. Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten im Baltikum etwa 400 000 Juden. Vilnius und Riga waren bedeutende Zentren jüdischen Lebens und jüdischer Kultur. (. . .) Mit der Besetzung der drei baltischen Staaten durch die Wehrmacht im Juni/Juli 1941 begann ein beispielloses Morden. Den deutschen ‚Einsatzkommandos' und ihren einheimischen Helfern fiel fast die gesamte jüdische Bevölkerung des Baltikums zum Opfer.

Von Ende 1941 bis Oktober 1942 wurden auch rund fünfzigtausend Juden aus Berlin, Hamburg, Hannover und Leipzig, aus Westfalen, aus dem Rheinland und aus Süddeutschland, aus Wien und Prag in das Rigaer Ghetto deportiert. Sie teilten das Schicksal der baltischen Juden. Die Massaker und die Zwangsarbeit haben nur wenige überlebt: 800 Menschen in Litauen, 300 in Lettland.

Der physischen Vernichtung durch die Nazis folgte die Unterdrückung alles Jüdischen, das Verschweigen des Holocaust unter der Sowjetherrschaft. Heute leben noch etwa 300 ehemalige Ghetto- und KZ-Häftlinge im Baltikum, 120 in Lettland, 150 in Litauen und 20 in Estland. Die meisten sind über 70 Jahre alt. Alle sind arm, viele sind krank, die meisten alleinstehend. (. . .)

Aus der Bundesrepublik Deutschland erhalten die ehemaligen Ghetto- und KZ-Häftlinge bisher keine ‚Wiedergutmachung'. (. . .) Im März d. J. überreichte eine Delegation der Jüdischen Gemeinde in Riga und der ‚Vereinigung der ehemaligen Ghetto- und KZ-Häftlinge Lettlands' in Bonn einen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl. Darin heißt es: ‚Wir bitten nicht um Almosen, wir fordern bloß nachdrücklich unser Recht auf eine angemessene Kompensation für das geraubte Eigentum und für die geleistete Zwangsarbeit.' Die Überlebenden können belegen, daß dem deutschen Staat bereits bis Mai 1942 4,5 Mio. Reichsmark aus der Beschlagnahme jüdischen Eigentums und 5,5 Mio. Reichsmark aus der ‚Verwertung der Judenarbeit' in Lettland und Litauen zugeflossen sind.

Die Unterzeichneten fordern alle Fraktionen im Deutschen Bundestag und die Bundesregierung dringend auf, schnellstmöglich für Entschädigungsleistungen an die ehemaligen Ghetto- und KZ-Häftlinge in Estland, Lettland und Litauen zu sorgen und die dafür notwendige Rechtsgrundlage zu schaffen."

Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt das Anliegen dieses Aufrufes.

Angesichts der besonderen Verbundenheit und Verantwortung Bremens gegenüber ihrer Partnerstadt Riga und im Bewußtsein, daß es eine gemeinsame Zukunft in Europa nicht ohne Versöhnung und Versöhnung nicht ohne Wiedergutmachung geben kann, bittet die Bürgerschaft (Landtag) den Senat, im Bundesrat Initiativen zu ergreifen mit dem Ziel, daß die NS-Opfer in den baltischen Staaten Entschädigungen erhalten. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, bei der Behandlung der Frage davon auszugehen, daß aufgrund des Alters der betroffenen Menschen eine Wiedergutmachung nur durch zügiges Handeln zu gewährleisten ist.

Nr. 13/625

Vereinfachung des Baugenehmigungs-Verfahrens

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. November 1993
(Drucksache 13/689)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für das Bauwesen.

Nr. 13/626

Für arbeitsmarktpolitische Initiativen
Antrag der Gruppe der DVU
vom 8. November 1993
(Drucksache 13/687)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/627

Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 1992
vom 6. Juli 1993
(Drucksache 13/598)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs Kenntnis.

Nr. 13/628

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zu der Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1992
vom 8. November 1993
(Drucksache 13/688)

Gemäß § 101 LHO wird dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 1992 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung erteilt.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 13/629

Keine Steuergelder für Antikunst
Antrag der Gruppe der DVU
vom 9. November 1993
(Drucksache 13/696)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/630

Freiheit der Kunst
Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der FDP, der SPD und der CDU
vom 25. November 1993
(Drucksache 13/715)

Gewarnt durch die Erfahrungen mit dem völkischen Kunstbegriff im Nationalsozialismus lehnt die Bürgerschaft (Landtag) eine Kulturpolitik ab, die die staatliche Förderung von Kunst zu einer Frage von Mehrheiten, Strömungen oder Stimmungen machen will.

Kunst soll nicht nur erfreuen, sondern auch zum Nachdenken anregen und Meinungen und Standpunkte infrage stellen.

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, weiterhin die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Kunst zu schützen und allen Bestrebungen entgegenzutreten, die das Grundrecht auf freie künstlerische Entfaltung einschränken wollen.

Nr. 13/631

Mitteilung des Vorstands an die Bürgerschaft vom 9. November 1993
(Drucksache 13/691)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Vorstands Kenntnis.

Nr. 13/632

Reform des Abgeordneten- und Senatsgesetzes
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und der CDU vom 22. November 1993
(Drucksache 13/706)

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Vorschläge der nach § 24 Abs. 1 BremAbgG berufenen Kommission zur Versorgung von Abgeordneten und Senatoren. Sie bittet den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft, auf dieser Grundlage einen Gesetzentwurf vorzubereiten, der in den Fraktionen und mit dem Senat beraten werden kann.

Nach abschließender Beratung im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß soll die Neuregelung der Versorgung zusammen mit weiteren geplanten Änderungen des Abgeordnetengesetzes (Rechtsstellung der Fraktionen, Kostenerstattung § 37 a AbgG) von der Bürgerschaft im Frühjahr 1994 verabschiedet werden.

Nr. 13/633

Erneute Zeitverzögerungen bei der Vorbereitung der Nutzung des Geländes der Carl-Schurz-Kaserne
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. Oktober 1993
(Drucksache 13/678)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. November 1993
(Drucksache 13/701)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/634

Fangquoten für deutsche Fischereifahrzeuge
Antrag der Gruppe der NK vom 5. März 1993
(Neufassung der Drs. 13/512 vom 05. 03. 93)
(Drucksache 13/513)

D a z u

Fangquoten für deutsche Fischereifahrzeuge
Mitteilung des Senats vom 9. November 1993
(Drucksache 13/693)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/635

Flüchtlingskontingente

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP
vom 24. November 1993
(Neufassung der Drs. 13/710 vom 23. 11. 93)
(Drucksache 13/713)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß

1. der Bund die noch offenen Plätze für bosnische ex-internierte Männer und traumatisierte Frauen benennt,

2. ein neues Kontingent zwischen Bund und Ländern vereinbart wird, um bosnischen Kriegsflüchtlingen, die sich in Kroatien und Bosnien in Gefahr befinden, großzügig Aufnahme zu gewähren,

3. die Kosten für die Aufnahme von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen nach § 32 a AuslG zwischen Bund und Ländern im Sinne des Asylbeschlusses vom 6. Dezember 1992 geregelt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) hält eine hälftige Beteiligung des Bundes für angemessen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der Europäischen Union nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß sich alle europäischen Staaten an der Aufnahme der Flüchtlinge beteiligen.

Druck: Hans Krohn, Bremen